

Ostsee-Zeitung

Dienstag, 06. November 2007 | Titelseite

Dong: Kraftwerk hat negative Auswirkung

Greifswald (dpa) Der Investor des geplanten Steinkohlekraftwerks in Lubmin, Dong Energy, rechnet selbst mit erheblichen Auswirkungen durch den Kraftwerksbau auf die Umwelt. Darüber informiert er auf seinen Internetseiten. Das Unternehmen schlägt einen Ausgleich durch Ersatzmaßnahmen vor, die die Umweltauswirkungen kompensieren sollen.

Die Umweltverbände WWF, NABU, BUND und die Bürgerinitiativen kündigten gestern juristischen Widerstand gegen den umstrittenen Bau an. Der WWF habe im Auftrag aller Organisationen einen Anwalt beauftragt.

Dienstag, 06. November 2007 | Ostvorpommern

Dong Energy gewährt Einsicht

Lubmin. Das dänische Unternehmen DONG Energy hat jüngst die Antragsunterlagen für einen bauplanerischen Vorbescheid für das geplante Steinkohlekraftwerk beim StAUN in Stralsund eingereicht. Interessierte können jetzt die Unterlagen, die auch eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Umweltverträglichkeitsuntersuchung beinhalten, in den Ämtern einsehen, die im Beurteilungsgebiet liegen. Im Lubminer DONG-Büro, Villenstraße 6, liegen zudem Kurzdarstellungen des Vorhabens aus. Wer sich online informieren möchte, kann die Kurzdarstellung im Internet unter www.kraftwerkegreifswald.de in der Rubrik Umwelt/Genehmigungsverfahren lesen.

Dienstag, 06. November 2007 | Ostvorpommern

Kraftwerksgegner machen weiter

Lubmin/Zinnowitz. Der Podiumsdiskussion am Freitagabend in der Wolgaster Petrikirche werden weitere Veranstaltungen folgen, so in Greifswald, auf Rügen und im ländlichen Raum Ostvorpommerns. Das kündigte die Bürgerinitiative „Kein Steinkohlekraftwerk Lubmin“ auf ihrer jüngsten Mitgliederversammlung in Zinnowitz an. Dazu sollen nunmehr verstärkt Politiker eingeladen werden, die laut Michael Woitacha von der BI bislang oft gekniffen hätten. Mit Blick auf die Landesregierung, den Koalitionsvertrag und die nächsten Wahlen habe gerade die Veranstaltung in Wolgast signalisiert, dass es eine breite Ablehnung des Kraftwerkvorhabens gebe.

MAL WAS NETTES!

Erstes Bio-Hotel des Landes wird zertifiziert

Stellshagen (dpa) Das Gutshaus Stellshagen bei Klütz (Nordwestmecklenburg) wird morgen offiziell als erstes „Bio-Hotel“ des Landes zertifiziert. Das Unternehmen hat seit diesem Jahr seine Küche komplett auf biologische Lebensmittel umgestellt, sagte Carola Ketelhodt, Geschäftsführerin des Bioland-Landesverbandes. Das Zertifikat wird Landesagrarminister Till Backhaus (SPD) an Hotelinhaberin Gertrud Cordes überreichen. Zum Programm einer dreitägigen Tagung im Gutshaus gehören Fachvorträge zu den Themen „Bio – neue Chancen und Möglichkeiten für die Gastronomie“.

Dienstag, 06. November 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Linke und FDP kritisieren Regierung

Schwerin (dpa) Ein Jahr nach Bildung der rot-schwarzen Regierung hat die Linke eine kritische Bilanz gezogen. Der Vorsitzende der größten Oppositionsfraktion im Landtag, Wolfgang Methling, warf der Regierung vor, sich von der aktiven Arbeitsmarktpolitik zu verabschieden und eine „grottenschlechte“ Umweltpolitik zu machen. Das Vorgehen beim Klimaschutz sei „schizophren“. Mit dem geplanten Kohlekraftwerk in Lubmin werde der Vorsprung Mecklenburg-Vorpommerns bei der Kohlendioxid-Vermeidung aufs Spiel gesetzt.

Arbeitsmarktpolitisch beabsichtige die Koalition im kommenden Jahr die Zerschlagung der aufgebauten Strukturen der Arbeitsförderprojekte. Methling warnte davor, sich bei der Arbeitsmarktpolitik allein auf die Bundesagentur für Arbeit zu verlassen. Kritisch äußerte sich der Oppositionsführer zudem zu Kürzungsplänen bei Jugendsozialarbeitern. Bei der Kindertagesförderung folge Rot-Schwarz einem Schlingerkurs, sagte Methling weiter. Mal plädiere die CDU für die Senkung der Elternbeiträge, wenig später bringe die SPD eine Bezuschussung des Mittagessens ins Gespräch. Die FDP stimmte in die Kritik der Linken ein. „Ein Jahr nach der Kabinettsbildung geben die Regierungspartner ein desaströses Bild ab“, sagte der Fraktionsvorsitzende Michael Roofl in Schwerin. „Während die SPD ihren ehemaligen Koalitionspartner links überholen will, haben die Christdemokraten ihre Wahlversprechen fast allesamt über Bord geworfen.“ Kritisiert wurde auch der Umgang mit der Opposition im Parlament. „Doch selbst konstruktivste Vorschläge, Anträge oder Gesetzentwürfe der Opposition werden abgelehnt. Sofort und prinzipiell“, klagte Roofl.

Mittwoch, 07. November 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Seit einem Jahr regiert in Schwerin die rot-schwarze Koalition

Viel Fassade, wenig Substanz

SPD und CDU haben sich zusammengerauft. Der große Wurf ist beiden Parteien bislang jedoch nicht gelungen. Reformprojekte? Fehlanzeige. Die Regierung wirkt satt und selbstzufrieden.

Schwerin (OZ) Auf den ersten Blick sieht alles gut aus. Exakt ein Jahr nach Vereidigung des Kabinetts unter Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) und dessen Vize Jürgen Seidel (CDU) sonnt sich die Große Koalition in Schwerin in Erfolgsmeldungen. Arbeitslosenquote: mit 14,4 Prozent so niedrig wie seit 13 Jahren nicht mehr. Sozialversicherungspflichtige Jobs: 12 000 mehr als vor einem Jahr. Wirtschaftswachstum: mit vier Prozent im ersten Halbjahr das höchste in Deutschland. Tourismus und Häfen: Wachstumsmotoren mit zweistelligen Zuwachsraten. Der Haushalt: ausgeglichen. Der XXL-Strandkorb von Heiligendamm: preisgekrönte Werbung. Mehr geht in einem Jahr nicht, sollte man meinen.

Doch bei genauem Hinsehen entpuppt sich das schöne Bild als Potemkinsches Dorf: viel Fassade, wenig Substanz. Der Schwung auf dem Arbeitsmarkt resultiert aus einer insgesamt günstigen Konjunkturlage, das hohe Wachstum entspringt dem noch niedrigen Entwicklungsstand des Landes. Das Gros der neuen sozialversicherungspflichtigen Jobs entstand in Callcentern und bei Zeitarbeitsfirmen. Wer sechs Stunden am Tag für 6,50 Euro die Stunde im Callcenter schuftet, bleibt als „Aufstocker“ auf finanzielle Hilfe von der Arbeitsagentur angewiesen. Zeitarbeit ist der bequeme Weg der Unternehmen, „reale“ Arbeitsplätze zu umschiffen. Der Landeshaushalt ist allein deshalb ausgeglichen, weil nach wie vor satte Zuschüsse in Milliardenhöhe aus Berlin und Brüssel die Landeskasse entlasten. Sollte dies in wenigen Jahren nicht mehr so sein, „sind wir am Ende“, sagt ein führendes Mitglied der Landesregierung.

Insgesamt prägt die Sicht des Kabinetts der Blick in den Rückspiegel. Während des G8-Gipfels in Heiligendamm flimmerten Hochglanzbilder in die Wohnzimmer aller Welt. Aber reicht die verklärte Erinnerung an ein dreitägiges Medienspektakel aus, um dieses Land dauerhaft überlebensfähig zu machen?

Ein Schritt in diese Richtung wäre eine effiziente Kreisgebietsreform. Doch auch auf diesem Minenfeld tut sich die Regierung schwer. Die SPD erlitt im vergangenen Juli vor dem Landesverfassungsgericht Greifswald die wohl vollkommenste Niederlage seit Beginn ihrer Regierungsbeteiligung 1994. Sie hinterließ einen Scherbenhaufen. Doch während die Sozialdemokraten langsam wieder Fahrt aufnehmen, um die größten Trümmer zu beseitigen, schläft die CDU gemeinsam mit kommunalen Zweckverbänden den Schlaf der juristischen Sieger. Ein Schlaf, der das Land pro Jahr dreistellige Millionenbeträge kostet. Zupackendes Gestalten der Zukunft sieht anders aus. Die Regierung wirkt satt und selbstzufrieden. Wirklich „Großes“ hat die Große Koalition nach einem Jahr nicht vorzuweisen. Ganze drei Gesetzesentwürfe brachte sie auf den Weg. Bei einem weiteren bedurfte es der Unterstützung der Linksfraktion. Die Opposition kam zusammen auf immerhin 13 Gesetzesinitiativen. Bei den Anträgen sieht das Verhältnis ähnlich aus: 43 mit Regierungsbeteiligung stehen 91 der Opposition gegenüber – die 54 Anträge der rechtsextremen NPD nicht mitgezählt.

Streit vom Kabinetttisch dringt kaum nach außen. Und wenn doch, geht es oft um die Profilierung einzelner. Wie im Fall eines günstigeren Kita-Mittagessens. Zunächst lehnte die Regierung einen entsprechenden Antrag der Linksfraktion ab. Kurze Zeit später verkaufte Sozialminister und SPD-Landeschef Erwin Sellering die gleiche Idee als sein eigenes Kind – sehr zum Ärger der CDU, die lieber das letzte Vorschuljahr bezuschussen will. Einziger wirklicher Zankapfel der letzten zwölf Monate war das geplante Kohlekraftwerk Lubmin. Zur Jahreswende präsentierte Ministerpräsident Harald Ringstorff (SPD) die Zwei-Milliarden-Euro-Investition des dänischen Stromerzeugers Dong Energy. Seither verteidigt die Landesregierung das anachronistische Kraftwerk, das pro Jahr bis zu elf Millionen Tonnen CO₂ ausstoßen soll, wie ein Goldenes Kalb – allen Warnungen von Umweltschützern und den Protesten von SPD- und CDU-Parteibasis zum Trotz. Ist das die Zukunftspolitik der Großen Koalition? Was bleibt ist Ringstorff. Seitdem vor wenigen Tagen seine Bundesratspräsidentschaft auslief, schießen parteiintern die Spekulationen ins Kraut. Wieder einmal. Geht er? Wann geht er? Kommt Sellering? Doch Ringstorff schweigt – und bleibt. War der Regierungschef in den vergangenen Jahren Garant für Stabilität, sehen die Kommentare inzwischen anders aus. Stellvertretend für viele, die sich (noch) nicht aus der Deckung trauen, sagte Juso-Landeschef Robert Hagen kürzlich: „Ringstorff steht für Stillstand. Die SPD gestaltet zu wenig. Spätestens 2010 brauchen wir den Wechsel.“ Man darf gespannt sein . . .

Lorenz Caffier, Inneres (CDU)

Ob NPD-Verbot, Kreisreform oder G8-Gipfel: Lorenz Caffier ist Hans-Dampf-in-allen-Gassen. In dem CDU-Überflieger erwächst Jürgen Seidel ein starker Konkurrent um den Parteivorsitz und die Spitzenkandidatur für die Landtagswahl 2011. Einziger Makel: die umstrittenen Tornado-Flüge rund um Heiligendamm.

Note: 2

Otto Ebnet, Bau und Verkehr (SPD)

Wie als Wirtschaftsminister eilt Otto Ebnet auch in seinem neuen Amt von Spatenstich zu Spatenstich. Spürbare Impulse verleiht Ebnet der Regierungsarbeit allerdings nicht. Lichtblicke: In Moskau handelte der Minister zwei neue deutsch-russische Fährlinien aus, für Sassnitz brachte er ein Pipeline-Werk mit 200 Jobs auf den Weg.

Note: 4

Sigrid Keler, Finanzen (SPD)

Dass Sigrid Keler erstmals einen ausgeglichenen Haushalt präsentieren konnte, ist ein Erfolg. Positiv ihr Bekenntnis, dass dies ohne Zuschüsse aus Berlin und Brüssel nicht möglich wäre. Schönheitsfleck: die andauernden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft im Finanzressort wegen des Verdachts auf Subventionsbetrug im Wohnungsbau.

Note: 3

Uta-Maria Kuder, Justiz (CDU)

Sie macht zwar einen unauffälligen Job, dafür einen ordentlichen. Es war Uta-Maria Kuder, die als erstes Kabinettsmitglied öffentlich für einen Neuanlauf zu einem NPD-Verbot plädierte. Beharrlich arbeitet sie zudem an einer Reform des Jugendstrafvollzugs. Krisenmanagement wie seinerzeit im Fall „Caroline“ blieb ihr bislang allerdings erspart.

Note: 3

Harald Ringstorff, Regierungschef (SPD)

Den Bau des umstrittenen Kohlekraftwerks Lubmin quasi im Alleingang durchzudrücken, nimmt man Harald Ringstorff an der SPD-Basis übel. Für das Scheitern der Kreisgebietsreform vor dem Landesverfassungsgericht Greifswald trägt der Regierungschef zumindest Mitverantwortung. Kaschiert werden die Makel durch vermeintliche Erfolge in Wirtschafts- und Arbeitspolitik.

Note 3

Erwin Sellering, Soziales (SPD)

Sozialminister Erwin Sellering zeigt sich als treibende Kraft der SPD. Ob Rauchverbot oder günstiges Kita-Mittagessen: Sellering lässt keine Chance aus, Akzente und sich selbst in Szene zu setzen. Parteiintern haftet dem SPD-Chef der Makel des Oberlaviere an, vor allem wegen seiner schwammigen Haltung zum Kohlekraftwerk Lubmin.

Note: 2

Henry Tesch, Bildung (CDU)

Da staunte Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen nicht schlecht: Als sie sich in MV von der CDU für ihre Familienpolitik feiern lassen wollte, wagte Bildungsminister Henry Tesch Widerworte. Sein Stil: unangepasst, offen und direkt. Schulen und Hochschulen schätzen das. Wünschenswert, dass ihn die CDU nicht einfängt.

Note: 2

Till Backhaus, Agrar und Umwelt (SPD)

Als Tiger gestartet, als Bettvorleger gelandet: Noch vor einem Jahr galt Till Backhaus als Kronprinz Ringstorffs. Dann musste er den SPD-Landesvorsitz abgeben. Zuletzt gelang ihm nicht mal mehr die Wahl in den erweiterten SPD-Bundesvorstand. Als Agrar- und Umweltminister arbeitet Backhaus wohlthuend unauffällig.

Note: 3

Jürgen Seidel, Arbeit und Wirtschaft (CDU)

Die Arbeitslosigkeit sinkt, die Wirtschaft wächst, der Tourismus boomt. Doch welchen Anteil Jürgen Seidel daran hat, weiß vermutlich noch nicht einmal der Minister selbst. Seidels Arbeit bleibt blass. Ein Abstecher nach Kuba zum Verkauf von Milchpulver ist zu wenig. Seine Nibelungentreue zum Kohlekraftwerk Lubmin auch.

Note: 4

JÖRG KÖPKE

Donnerstag, 08. November 2007 | Mecklenburg-Vorpommern

Blockierer müssen mit Geldstrafen rechnen

Rheinsberg/Lubmin (dpa) Eine Woche nach dem Atommüll-Transport von Rheinsberg nach Lubmin müssen 16 Blockierer mit Ordnungsstrafen rechnen. In Brandenburg werde ein Verwarngeld von etwa 25 Euro pro Person erhoben, in Vorpommern werde derzeit noch geprüft. Vier Protestierer hatten den Transport des radioaktiven Reaktordruckgefäßes aus dem Kernkraftwerk Rheinsberg bei Dierberg gestoppt. Zwölf Atomkraftgegner saßen nachts kurz vor dem Ziel auf den Gleisen und hielten den Zug rund 45 Minuten auf. Für die Blockierer von Kennitz (Ostvorpommern) ist die Landespolizei zuständig, sagte ein Sprecher der Polizeidirektion Anklam. Hier werde geprüft, ob eine Geldstrafe zwischen 500 und 2500 Euro in Frage komme.

Donnerstag, 08. November 2007 | Ostvorpommern

Lubminer Küstenwald fällt

Die Rodung für Teile des Lubminer Küstenwaldes hat begonnen. Grund: Ein direkter Gleisanschluss für den Industriehafen benötigt Baufreiheit.

Lubminer Heide. Schon am Montag wurde begonnen, Teile des östlich von Lubmin gelegenen Küstenwaldes samt Wanderwege mit Flatterband und Warnschildern abzusperren. Einen Tag später fielen die ersten Kiefern, gestern schon gab es die erste baumfreie Schneise.

Die Mitarbeiter des Forstamtes Jägerhof müssen jetzt das umsetzen, was die Politik vorgegeben hat. „Es sind genau 19,2 Hektar, die gefällt werden“, sagt der Leiter des Forstamtes Jägerhof, Fred Lockenvitz. Das Forstamt hat dafür vom Land spezielle Technik zur Verfügung gestellt bekommen und die schafft etwa 100 Festmeter am Tag – eine ganze Menge. „Harvester“ nennt sich das Gerät. Ein wahres Monster, sozusagen eine Holzvollerntemaschine. Nur ein Mann bedient das Gefährt. Es packt den Baum mit seinen stählernen Klauen, sägt ihn ab, lässt die 20 bis 90 Jahre alte Kiefer in eine bestimmte Richtung fallen, dann entästet und entrindet das Gerät den Baumstamm, der anschließend – immer noch von der gleichen Maschine – in spezielle Stückgrößen zersägt wird.

Wie Hartmut Labudde vom zuständigen Zweckverband „Freesendorf“ dazu informierte, werden die Arbeiten auf Grundlage des bestehenden B-Planes Nr.1 durchgeführt. Notwendig sei die Rodung, um hier Baufreiheit für eine Gleisanlage mit direktem Anschluss zum Industriehafen zu schaffen, erklärte er. „Wenn alles planmäßig läuft, wird die eigentliche Rodung am 21. Dezember, also noch vor Weihnachten, beendet sein.“ Danach, in der Zeit vom 2. bis zum 11. Januar 2008, erfolgt eine so genannte Hackung. Soll heißen: Die Baumspitzen werden mit spezieller Technik zu Hackschnitzeln verarbeitet. Daran schließt sich eine Stubbenrodung an, die etwa vier bis fünf Wochen in Anspruch nehmen wird.

Wie Labudde weiter ausführte, sollen die Gleisbauarbeiten sich an die Forstarbeiten direkt anschließen. „Ich hoffe, dass das Gleis dann im nächsten Jahr auch liegen wird.“ Der Bürgermeister des Seebades Lubmin, Dr. Klaus Kühnemann, erklärte gegenüber OZ nur verbittert, dass jetzt vollendete Tatsachen geschaffen würden. Nach seiner Ansicht seien die rechtlichen Voraussetzungen zur Abholzung des Küstenwaldes noch nicht gegeben.

STEFAN BRÜMMER